

Kommentar

TÜV für Finanzmärkte einführen



Von Axel Troost

Seit 2007 steckt die Welt in einer tiefen Finanzkrise. Seitdem sind unzählige Gipfeltreffen vergangen und die herrschenden Regierungen haben neue Spielregeln für die Finanzmärkte angekündigt. In den Nachrichten werden wir täglich mit komplizierten Begriffen und Abkürzungen wie Leerverkäufen, Hedge-Fonds oder Kreditausfallversicherungen (CDS) behelligt (siehe Erläuterung auf Seite 3), aber das Wesentliche verliert man dabei schnell aus dem Blick: Trotz all der Geschäftigkeit auf G20- und EU-Ebene hat sich nichts Grundlegendes verändert.

Wer die Finanzmärkte wieder unter demokratische Kontrolle bekommen will, muss den Finanzsektor vom Kopf auf die Füße stellen. Und das ist gar nicht so schwer! Die Politik muss nur endlich

einen Grundsatz beherzigen, der für Autos im Straßenverkehr oder für Medikamente in der Apotheke längst gilt: Was nicht erlaubt ist, ist verboten! Man darf sich nicht einfach ein Dreirad mit 1000 PS zusammenschrauben und damit im Straßenverkehr herumfahren. Die komplexen Vehikel der Banken sind viel komplizierter und gefährlicher als das, aber grundsätzlich erst mal erlaubt. Warum sollte das so bleiben? Wir fordern einen Finanz-TÜV, der alle Finanzakteure, -instrumente und -praktiken prüft und ihnen nur bei Unbedenklichkeit eine Zulassung erteilt. Ohne Zulassung kein Geschäft, das muss auch endlich für die Finanzmärkte gelten.

Axel Troost ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Editorial



CDU verabschiedet sich wieder vom Mindestlohn

Liebe Leserin, lieber Leser, auf die Unternehmenslobby ist Verlass. Nachdem einige ganz Mutige in der Union das »M-Wort« in den Mund nahmen, wurde es auf dem CDU-Parteitag wieder beerdigt. Die Union verabschiedete sich schnell wieder von der Idee eines Mindestlohns und beschloss stattdessen »Lohnuntergrenzen«, die es in dieser Form bereits gibt. Aber diese Lohnuntergrenzen haben mit einem Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE, die Gewerkschaften und inzwischen auch SPD und Grüne verlangen, nichts zu tun. Denn mit Mindestlöhnen sollen Menschen von ihrer Arbeit menschenwürdig, über der Armutsgrenze, leben können.

Der Beschluss der CDU sieht eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze für tariflose Branchen vor, wobei auf regionale und branchenspezifische Besonderheiten Rücksicht genommen werden soll. Wo bereits Tarifverträge existieren, ändert sich nichts. Das heißt, dass Tausende von Friseurinnen und Frisuren, Floristinnen oder Wachleuten

auch künftig mit Armutslöhnen von 5 Euro oder weniger arbeiten müssen. Festgelegt werden sollen die Lohnuntergrenzen durch eine Kommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Spielen die Unternehmensvertreter nicht mit, wird es keine »Lohnuntergrenze« geben. Oder sie setzen extrem niedrige Untergrößen durch.

Das ist von einem Mindestlohn à la CDU übrig geblieben: statt flächendeckend und einheitlich für alle nur eine Vergrößerung des bereits existierenden Flickenteppichs. Statt einem Mindestlohn von zehn Euro die Stunde spätestens 2013, wie ihn DIE LINKE fordert, Armutslöhne und Förderung des Niedriglohnssektors. **Es bleibt also dabei: Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wird es nur im Kampf gegen diese Bundesregierung geben.**

Mit solidarischen Grüßen,

Gregor Gysi ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE



Die Euro-Rettung mutiert zu einem Thriller in der Dauerschleife. Aus Milliarden sind jetzt sogar Billionen geworden. Klar zeigt Ihnen die neuesten Kapitel des Euro-Thrillers.

Die angebliche Rettung im Sommer

Um die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen, beschließen die EU-Regierungschefs im Juli die Aufstockung des europäischen Rettungsfonds (EFSF) auf 440 Milliarden Euro. Dieser soll für krisengeschüttelte Staaten Hilfspakete bereitstellen.

Die EZB als Ausputzer

Finanzmärkte machen keinen Urlaub. Weil der aufgestockte Rettungsschirm aufgrund der notwendigen parlamentarischen Prozesse noch nicht einsatzbereit ist, muss die Europäische Zentralbank einspringen. Sie kauft massenhaft Staatsanleihen von Plei-testaaten, um diese vor den Attacken der Finanzmärkte zu schützen. Für mehrere Milliarden pro Woche.

Die totgesparten Griechen

Im Sommer die nächsten Katastrophenmeldungen aus Griechenland: Die angebliche »Griechenlandrettung« mutiert zum finalen Todesstoß. Nach anderthalb Jahren Spardiktat liegt die griechische Wirtschaft völlig am Boden. Von der erhofften Entschuldung keine Spur. Trotz brachialer Sozialkürzungen steigen die Schulden stetig weiter an.

Abstimmung wider besseres Wissen

Um die im Juli beschlossene Aufstockung des Rettungs-

schirms zu verwirklichen, muss im September der Deutsche Bundestag zustimmen. Doch zu diesem Zeitpunkt ist bereits klar: Das Volumen des Rettungsschirms von 440 Milliarden Euro reicht inzwischen nicht mehr aus. Vor allem, weil mit Italien die drittgrößte Volkswirtschaft in der Eurozone ins Wanken kommt. Trotz dieser Warnungen stimmen CDU, FDP, SPD und GRÜNE zu, feiern sich als Euroretter.

Mit Zockerinstrumenten aus der Krise

Wenige Tage später fliegen den EU-Regierungschefs die Zahlen um die Ohren. Griechenland und Italien drohen völlig zu kollabieren. Der Rettungsschirm reicht vorne und hinten nicht, muss erneut erweitert werden: und das ausgerechnet mit Zockermethoden, wie sie von der Finanzmafia benutzt werden – sogenannten Hebeln. Mithilfe von Investoren und Zweckgesellschaften soll ein Volumen von einer Billion Euro entstehen. Alle Parteien außer DIE LINKE stimmen den Plänen zu. Klar ist nur: Das Risiko für den Steuerzahler steigt.

Investoren lehnen dankend ab

Selbst dieser Billionen-Beschluss im Bundestag hat nur wenige Tage Bestand. Obwohl Merkel und Sarkozy unter den Regierungschefs der G20 auf Betteltour für Investoren gehen, bekommen sie keine Zusagen. Das ist verständlich, weil völlig unklar ist, welche Risiken in den Zweckgesellschaften versteckt werden sollen. Jetzt blasen Zocker zum Generalangriff auf Italien. Weil die EU-Chefs nichts gehobelt bekommen, ist Italien zum Abschluss freigegeben.

Italien und der Euro am Abgrund

Nur ein paar Wochen später ist Italien fast am Ende. Die Schulden liegen bei 1,9 Billionen Euro. Das Land bekommt Geld nur noch zu Horrorzinsen und klar wird: Der Schuldenberg lässt sich so nicht mehr lange bezahlen. Nicht einmal, wenn es den 1-Billion-Hebel geben würde. Jetzt überschlagen sich die Meldungen: Die Eurozone stecke in der »Todesspirale«, die Rettungsversuche von Merkel & Co hätten die Lage nur schlimmer gemacht. Alexander Troll



Bundeskanzlerin Merkel mit Frankreichs Präsident Sarkozy beim G20-Gipfel in Cannes.